



Karol, der Alleskönner

Basil Kerski

HYBRIDE IDENTITÄTEN

MIGRATIONEN AUS POLEN – GESCHICHTE UND GEGENWART

RAUS AUS DEM »MIGRANTENSTADL«

Wenn man mich in Polen nach den prägenden Strömungen der deutschen Kultur im letzten Jahrzehnt fragt, so weise ich vor allem auf die wachsende Bedeutung von jungen deutschen Künstlern aus Migrantenfamilien hin. Mit ihren osteuropäischen, mediterranen, orientalischen oder fernasiatischen Wurzeln erweitern sie die kulturellen Horizonte der deutschen Kultur und bereichern das kollektive Gedächtnis um andere historische Erzählungen. Aus den Peripherien drängen diese neuen Aufsteiger hinein in die Mitte der deutschen Gesellschaft, bringen Bewegung in die geordnete Welt der bundesrepublikanischen Wohlstands-Kultureliten, in deren Welt in den letzten beiden Jahrzehnten vor allem die ironische Distanz zum Leben und die neurotische Selbstreflexion dominiert haben. Viele der in Deutschland geborenen oder aufgewachsenen Künstler aus Migrantenfamilien, wie der Filmregisseur Fatih Akin, die Schriftsteller Feridun Zaimoglu und Wladimir Kaminer oder der Rap-Musiker Bushido, sind sogar weit über ihre ethnischen Milieus hinaus bekannt und üben einen starken Einfluss auf die Kultur der Berliner Republik aus. Viele von ihnen sind zudem kommerziell erfolgreich und werden mit renommierten Auszeichnungen bedacht. Die politischen Eliten der Bundesrepublik exponieren sie gerne als Beweis für die Liberalität des Kosmopolitismus des vereinigten Deutschlands. Doch viele dieser jungen deutschen Künstler mit nichtdeutschen Wurzeln haben auf ihrem Weg nicht nur Neugier und Anerkennung erfahren, sondern auch die weit verbreitete subtile Sehnsucht nach einer ethnisch reinen deutschen Leitkultur erlebt. Nach Ansicht des 1960 in Prag geborenen deutschen Schriftstellers Maxim Biller strebt die deutsche Gesellschaft trotz ihrer Weltoffenheit immer noch nach Homogenität und ignoriert jeden, der sich nicht einordnet.¹ Diejenigen, die in die homogenen kulturellen Muster nicht hineinpassen, bezeichnet Biller als die »Dritte Nation«. Diese Bundesbürger seien weder Deutsche noch Ausländer, sondern eine Kulturgruppe dazwischen – eine nach Einschätzung Billers dynamische Gesellschaftsgruppe, von der starke, kreative Impulse ausgingen. Die Vertreter der Dritten Nation seien näher an der Realität der bundesdeutschen Gegenwart, sie seien fähig, authentische Geschichten zu erzählen.

Wie nahe Anerkennung und Distanz gegenüber kultureller Andersartigkeit beieinander liegen können, hat der 1965 in Sofia geborene und in der Bundesrepublik aufgewachsene Schriftsteller Ilja Trojanow oft erleben müssen. Seine Erfahrungen mit Rezeptionsblockaden und seinen Anspruch, Exponent einer prägenden Strömung der

1 Der Kanalrattenblues. Maxim Biller über alte Hüte aus Deutschland, sein neues Buch und die Geburtsschmerzen der Dritten Nation. In: DER FREITAG vom 7. Januar 2010, S. 15.

deutschen Kultur zu sein, präsentierte er Ende 2009 aus Anlass des 25. Geburtstags des von der Robert Bosch Stiftung ins Leben gerufenen Adalbert-von-Chamisso-Preises – einer deutschen Literaturoberzeichnung für Sprachwechsler, die an den 1838 in Berlin verstorbenen französisch-preußischen Dichter erinnert.² Der Chamisso-Preisträger Ilja Trojanow las auf der Jubiläumsfeier in Marbach der etablierten Germanistenzunft die Leviten.³ Die meisten von ihnen würden bis heute die Relevanz der Werke von deutschen Autoren mit Migrationsbiografien nicht verstehen und in die Schubladen »Literatur von Ausländern« und »Gastliteratur« packen. Viele Germanisten hätten, so Trojanow, immer noch die Schwierigkeit, die Literatur mehrsprachiger Autoren als integralen Bestandteil der deutschen Kultur anzuerkennen. Für seine Werke und die anderer Künstler mit Migrationserfahrungen sieht Trojanow einen anderen Platz als nur den im »Migrantenstadl«.

Trojanows kritischer Zwischenruf in der deutschen Kulturdebatte ist kein Schrei nach Anerkennung, sondern ein Widerspruch, eine Akzentverschiebung in einer öffentlichen Debatte über Migration und Integration, die oft von Angst geprägt ist, die nicht selten Migranten mit Sicherheitsproblemen assoziiert und Integration oft als Einbahnstraße, als unkritische Anpassung an das Phantom einer deutschen Leitkultur versteht. Der Deutschbulgare Trojanow hat mit seiner Rede nicht nur seine Frustration und negative Kritik am Charakter deutscher Migrationsdebatten äußern wollen, sondern auch eine positive Nachricht übermittelt: Die deutsche Kultur und Gesellschaft ist viel stärker von ihren Einwanderern geprägt, als oft wahrgenommen wird; diese Begegnung verschiedener Kulturen auf deutschem Boden verändert Deutschland grundlegend, und zwar in eine positive Richtung – denn sie stärkt das europäische, kosmopolitische Element der deutschen Kultur in dem Maße, wie es zum Beispiel die deutsch-jüdische Begegnung vor hundert Jahren tat.

POLNISCHE MOTIVE

Die deutsche Einwanderungsdebatte und die Integrationspolitik waren in jüngster Zeit stark auf die außerchristlichen, vor allem die islamischen, Komponenten konzentriert, die mittel- und osteuropäischen kulturellen Einflüsse waren nur Randerscheinungen des öffentlichen Diskurses. Angesichts der großen Bedeutung der türkischen Einwanderung in der jüngsten bundesrepublikanischen Geschichte, vor allem des spannungsreichen Verhältnisses zwischen der christlichen und der islamischen Kultur und der wachsenden Bedeutung islamistischer Gruppen in Europa ist dieser Trend nachvollziehbar. Doch wer sich in Deutschland mit europäischer Migrationsgeschichte, mit Fragen der Integration oder der kulturellen Identität der deutschen Nation auseinandersetzt, kann den polnischen Faktor nicht außer Acht lassen, der in den kommenden Jahren auch in den kulturellen und politischen Debatten der Bundesrepublik eine immer größere Bedeutung bekommen wird.

- 2 Vgl. Beatrix Langner: Wollte doch nur ein freier Deutscher sein. In: FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 24. Februar 2009.
- 3 Katrin Hillgruber: Raus aus dem Migrantenstadl. Schreiben ist Heimat: die deutsche Einwandererliteratur, die Sprachwechsler. In: DER TAGESSPIEGEL vom 1. Dezember 2009, S. 21.

Die heute in der Bundesrepublik lebenden polnischen Staatsbürger sind mit rund 362.000 Personen die drittgrößte Gruppe von Ausländern in Deutschland. In Berlin stehen Polen mit 43.000 offiziell angemeldeten Personen gar an zweiter Stelle der Ausländerstatistik hinter den Türken. Polen repräsentieren damit die größte Gruppe von EU-Staatsbürgern in der deutschen Hauptstadt. Rechnet man zu den offiziellen Zahlen noch polnische Einwanderer mit deutschem Pass dazu, so wundert es nicht, dass Experten die polnischsprachige Gruppe in Deutschland auf über eine Million Bürger beziffern. Das polnische Außenministerium schätzt diese Zahl noch höher ein und geht sogar von zwei Millionen polnischsprachigen Menschen in der Bundesrepublik aus.⁴

Im kollektiven Gedächtnis der Deutschen ist die Einwanderung von Polen ins Ruhrgebiet Ende des 19. Jahrhunderts als wichtiges kulturelles und soziales Phänomen deutscher Geschichte präsent. Zudem ist in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts im Rahmen von Entschädigungszahlungen für NS-Opfer das Schicksal polnischer Zwangsarbeiter in der breiteren Öffentlichkeit rekonstruiert worden. Durch die neue politische Geografie Europas nach 1989 hat vor allem Berlin in den letzten Jahren die Geschichte der Einwanderung aus dem Nachbarland entdeckt. Zudem werden sicherlich einige wenige Bildungsbürger (falls dieser Begriff noch zeitgemäß ist) auf die Bedeutung von polnischen Schoah-Überlebenden wie Ignatz Bubis, Arno Lustiger oder Artur Brauner beim Wiederaufbau des jüdischen Kulturlebens in Deutschland nach 1945 hinweisen können. Doch im breiteren Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit sind die verschiedenen Kapitel deutsch-polnischer Migrationsgeschichte nicht bekannt, der polnische Faktor ist in der bundesdeutschen Multikultidebatte kaum präsent.⁵

Doch zunehmend werden polnische Einwanderungserfahrungen vor allem dank junger, in der Bundesrepublik aufgewachsener und ausgebildeter Künstler und Intellektueller, wie z.B. des Chamisso-Preisträgers Artur Becker, des Publizisten Adam Soboczyński oder des Berliner Malers Sławomir Elsner deutlich vernehmbar. Nicht zu vergessen ist hierbei die besondere Bedeutung prominenter Sportler wie des Fußballers Lukas Podolski oder der Turnerin Magdalena Brzeska in der breiteren Medienwahrnehmung. Vor allem der Fußballheld Podolski hat sich mit seinem sportlichen Bekenntnis zur deutschen Fußballnationalmannschaft und dem privaten zu seinen polnischen Familienverbindungen (und *last but not least* zu seiner Faszination für den polnischen Hiphop) eindimensionalen Identitätsmustern entzogen und auf die hybride Identität junger Deutschpolen – und natürlich nicht nur dieser Deutschen – hingewiesen.

Die Podolskis, Brzeskas und Beckers haben die meiste Zeit ihres Lebens in der Bundesrepublik verbracht, haben westlich der Oder ihren Lebensmittelpunkt gefunden und in Deutschland Familien gegründet. Sie können sich oft im Deutschen besser ausdrücken als in der Sprache ihrer Eltern. Gemeinsam ist ihnen auch, dass sie ohne artikulierten

4 Vgl. Raport o sytuacji Polonii i Polaków za granicą 2009. Ministerstwo Spraw Zagranicznych RP [Rapport über die Situation der Polonia und der Polen im Ausland 2009. Außenministerium der Republik Polen]; auf: www.msz.gov.pl

5 Vgl. Nele Krampen: Minderheiten im kollektiven Gedächtnis. Vom Vergessen und Erinnern der historischen polnischen Minderheit in Deutschland. In: Christoph Pallaske (Hrsg.): Die Migration von Polen nach Deutschland. Zur Geschichte und Gegenwart eines europäischen Migrationssystems. Baden-Baden 2001, S. 77–94.

Kosmopolitismus die Verbindungen in ihr polnisches Geburtsland aufrechterhalten, ihre Doppelidentität pflegen und diese Haltung zunehmend auch öffentlich sichtbar machen wollen. Zwar kennen diese jungen Menschen noch das große ökonomische Gefälle zwischen der alten Bundesrepublik und dem kommunistischen beziehungsweise früh-postkommunistischen Polen, haben die Wirkung antipolnischer Vorurteile erlebt, doch diese neue Generation von polnischstämmigen Deutschen – von Publizisten häufig als »Podolski-Klose-Generation« apostrophiert – nimmt ihr Geburtsland, die Heimat ihrer Eltern, zunehmend als einen attraktiven Kulturraum wahr und sieht Polen als eine aufregende, ökonomisch aufsteigende Nation. Diese jungen Bundesbürger wollen an dem polnischen Wirtschaftswunder partizipieren und bauen von ihren Eltern unabhängige private und berufliche Verbindungen nach Polen auf. Im letzten Jahrzehnt sind sie zu wichtigen Botschaftern der deutschen Kultur in Polen und der polnischen in der Berliner Republik herangewachsen.

GROSSE MIGRATIONSWELLE DER ACHTZIGER JAHRE

Diese jungen Deutschen polnischer Abstammung sind meistens Kinder von Migranten, die sich vor allem in den letzten fünfundzwanzig Jahren in der Bundesrepublik niedergelassen haben. Allein in den achtziger Jahren kamen fast eine Million Menschen aus dem kommunistischen Polen in die Bundesrepublik. Diese Gruppe von Einwanderern besteht größtenteils aus Übersiedlern deutscher Abstammung. Der Rückgriff auf deutsche familiäre Wurzeln war bis Mitte der achtziger Jahre für viele Bürger der Volksrepublik Polen der einzige legale Weg, um aus dem Sowjetblock auszubrechen.

Unter diesen Hunderttausenden sogenannten »Spätaussiedlern« befanden sich neben Familien, die die deutsche Kultur pflegten, viele polonisierte Deutsche oder Menschen mit binationalem Hintergrund. Das Gros der Migranten dieser späteren Übersiedlerwelle bestand jedoch in den achtziger Jahren mehrheitlich aus jungen Leuten mit polnischer Sozialisation, die zuvor der deutschen Sprache nicht mächtig waren.

Überwogen Anfang der achtziger Jahre Übersiedler, die sich mit der deutschen Kultur identifizierten, und politische Flüchtlinge, so wurden einige Jahre später wirtschaftliche Gründe zum Hauptmotiv der Migration. Entgegen der allgemeinen Regel waren es nicht die Ärmsten, die Polen verließen, sondern durchaus wohl situierte Menschen. Was sie zur Migration bewog, waren vor allem die mangelnden Lebensperspektiven in der sozialistischen Gesellschaft. Diese Form von Auswanderung wurde in der Bundesrepublik primär als Migration von Deutschen, als späte Rückkehr in die Heimat rezipiert, die Verwurzelung dieser Menschen in der polnischen Kultur wurde aus dem westdeutschen öffentlichen Bewusstsein verdrängt.

Eine zweite große Gruppe von polnischen Einwanderern der achtziger Jahre bilden Emigranten aus der Schlussphase des kommunistischen Regimes, als viele Polen die Lockerung des Passregimes nutzten, um ins Ausland zu fliehen. Gering ist dagegen unter den heute in der Bundesrepublik lebenden polnischsprachigen Bürgern die Zahl der Nachkommen von Migranten aus der Zeit vor 1933 sowie von Displaced Persons, d.h. von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen, die 1945 auf deutschem Gebiet befreit wurden und aus politischen Gründen beschlossen, nicht in die Heimat zurückzukehren.

Zwar ist die Zahl derjenigen deutschen Familien, die polnischen Einwanderern aus der Zeit vor 1933 entstammen und heute noch ihre polnischen kulturellen Wurzeln pflegen, sehr gering, doch sind diese Familienbiografien Zeugnisse bedeutender gesellschaftlicher Prozesse des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.⁶

In der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg stieg das Deutsche Kaiserreich zum zweitwichtigsten Zuwanderungsland für ausländische Arbeitskräfte nach den USA auf. Vor 1914 zählte man im Deutschen Reich über 1,2 Millionen Fremdarbeiter, wobei die Menschen aus den russischen und österreichischen Teilungsgebieten Polens die größte Gruppe unter den ausländischen Arbeitern bildeten. In Preußen repräsentierten sie ein Drittel der rund 900.000 Fremdarbeiter.

Von größerer politischer und kultureller Bedeutung waren aber diejenigen Polen, die in den Statistiken des Reiches nicht als Ausländer auftauchten. Mit den Teilungen der Polnischen Adelsrepublik Ende des 19. Jahrhunderts wurde Preußen *de facto* kulturell zu einem deutsch-polnischen Staat. Die östlichen Provinzen waren weitgehend polnisch, Berlin war neben Posen ein zentraler politischer und kultureller Bezugspunkt für die polnisch-preußische Aristokratie und das polnischsprachige Bürgertum in Preußen.

Ende des 19. Jahrhunderts lösten der Druck der ländlichen Übervölkerung im Osten und der Sog der Schwerindustrie, die Arbeitskräfte brauchte und vergleichsweise hohe Löhne zahlte, einen großen Binnenwanderungsprozess innerhalb des Kaiserreiches aus, der zu tiefgreifenden Bevölkerungsverschiebungen zwischen Ost und West führte. Viele Polnischsprachige aus den Ostprovinzen zogen in die neuen Industriezentren, vor allem in den Berliner Raum und ins Ruhrgebiet. Diese Binnenwanderungsprozesse wurden angesichts der polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen von den deutschen politischen Eliten mit großem Misstrauen beobachtet. Charakteristisch für diese Einstellung, vor allem für die Furcht vor der Dominanz von Polen in einigen Gemeinden des Ruhrgebiets, ist eine Einschätzung des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, Heinrich Konrad von Studt, aus dem Jahr 1896: »Wird der politischen Weiterentwicklung keine Hemmnis entgegengesetzt, so ist die Zeit nicht mehr fern, wo die Polen in einzelnen Gemeinden mit dem Stimmenübergewicht die Herrschaft in der Gemeindevertretung

Oft habe ich gesehen, dass Kleinbauern, wenn der erste Frost einsetzte, ihr Getreide auf dem eigenen Rücken in die halb verfallenen Scheunen trugen. Getan haben das vor allem die Frauen, da die Männer zum Arbeiten nach Deutschland fuhren, um Geld für Kleider und Schuhwerk zu verdienen. Sogar die reichen Bauern mussten ihre Kinder zum Arbeiten nach Deutschland schicken. Keiner war imstande, von dem, was die Landwirtschaft einbrachte, auch noch Kleider zu kaufen.

Stefania Różewicz: *Das Dorf meiner Kindheit*. In: Tadeusz Różewicz: *Mutter geht*. Aus dem Polnischen von Jolanta Doschek. Passau 2009, S. 18.

6 Einen Überblick über die Geschichte der polnischen Einwanderung nach Deutschland gibt der Themenschwerpunkt »Polen in Deutschland« des Jahrbuchs zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte *INTER FINITIMOS*, Band 6, Osnabrück 2008; weitere Infos unter: www.interfinitimos.de.

erlangen werden. Unter diesen Umständen kann die Bewegung in unruhigen Zeiten eine Gefahr für die öffentliche Ordnung werden.«⁷

Die in diesen Sätzen angedeutete politisch motivierte Diskriminierung traf die Polen im Ruhrgebiet bis zum Ende des Kaiserreiches in besonderem Maße. Die zahlreichen polnischen Arbeitervereine, die zunächst vor allem soziale Auffangfunktionen hatten, wurden zunehmend zu nationalistischen Vereinen stilisiert, administrativen Schikanen ausgesetzt und polizeilich überwacht. Deutlich eingeschränkt wurde auch die Zuwanderung von Polen aus den russischen und österreichischen Teilungsgebieten, um die Zahl der deutschen Bürger polnischer Herkunft nicht anwachsen zu lassen. Sie wurde auf bestimmte Bereiche, vor allem die Landwirtschaft, beschränkt und nur saisonal gestattet. Durch eine winterliche Sperrfrist unterlagen viele Polen dem Rückkehrzwang und durften sich in Preußen nicht dauerhaft aufhalten. Interessanterweise blieben anderen ausländischen Nationalitäten diese Schikanen erspart, sie durften in der Sperrzeit auf deutschem Territorium bleiben. Die restriktive Politik gegenüber polnischen Migranten verschärfte sich nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Nicht Rückkehrzwang, sondern Rückkehrverbot war damals die politische Leitlinie gegenüber den Nichtdeutschen. Ihre Bewegungsfreiheit innerhalb des Kaiserreiches wurde eingeschränkt, sie blieben an ihre Arbeitgeber gebunden.

Eine Form von Zwangsarbeit nennt der Osnabrücker Migrationshistoriker Jochen Oltmer diese Politik gegenüber Polen mit nichtdeutschem Pass.⁸ Nach Einschätzung Oltmers blieb die ethnonational argumentierende antipolnische Abwehrpolitik auch nach 1919 in Deutschland vorherrschend. Die Konflikte um den Grenzverlauf zwischen dem wiedererstandenen polnischen Staat und der Weimarer Republik prägten das Klima der politischen, aber auch der kulturellen deutsch-polnischen Beziehungen in den ethnisch gemischten Ostprovinzen Deutschlands. Trotz dieses Kalten Krieges zwischen Deutschland und Polen hat die Weimarer Republik in ihrer Verfassung »fremdsprachigen Volksteilen«, also auch den Polen, die freie Pflege ihrer kulturellen Identität garantiert. Im Vergleich aber zur heutigen Lage der nationalen Minderheiten in der Bundesrepublik, in der ihre Rechte nicht nur verbrieft sind, sondern wo der Staat auch die kulturellen und schulischen Anliegen von Minderheiten finanziell unterstützt, war die Minderheitenpolitik in der Weimarer Republik von geringer Substanz.

Die politischen Eliten der Weimarer Republik verstanden die Präsenz der polnischen Minderheit und die Zuwanderung polnischer Arbeitskräfte ähnlich wie das Kaiserreich als eine Gefahr für die innere und äußere Sicherheit, für die Gesellschaft und Kultur Deutschlands.⁹ Nach 1933 kam diese Dynamik nicht zum Stillstand, auch wenn die NS-

7 Zitat aus: Christoph Kleßmann: Einwanderungsprobleme im Auswanderungsland: das Beispiel der Ruhrpolen. In: Klaus J. Bade (Hrsg.): Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart. München 1992, S. 305f.

8 Jochen Oltmer: Wanderungsraum Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. In: INTER FINITIMOS. Jahrbuch zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte, Band 6. Osnabrück 2008, S. 11–29.

9 Vgl. Dietmar Osses: Zwischen Anerkennung und Verfolgung. Die deutsche Politik gegenüber der polnischen Minderheit 1918–1938 am Beispiel des Ruhrgebiets. In: INTER FINITIMOS (wie Anm. 8), S. 49–67.



Wir Berliner! My, berlińcycy!

Die Ausstellung, die von März bis Juni 2009 im Berliner Ephraim-Palais und im Märkischen Museum gezeigt wurde, geht der Frage nach, wie die in Berlin lebenden Polen die Stadt wahrnehmen und wie sie selbst von ihren deutschen Mitbürgern gesehen werden. Der Fokus lag dabei auf der fast 300jährigen Geschichte von Polen in Berlin und veranschaulichte gleichzeitig deutsch-polnische Beziehungsgeschichte. Die Polnischsprachige sind mit 100.000 Menschen eine der größten Migrantengruppen in Berlin, ihre Einwanderung ist bisher weitgehend unerforscht und

den meisten Berlinern unbekannt. Die Ausstellung vermittelte die in der Öffentlichkeit kaum bewussten Aspekte polnischer Zuwanderung und animierte dazu, sich selbst aus dem Blickwinkel des jeweils anderen zu betrachten.

Regierung zwischen 1934 und 1938 um den polnischen Staat als Verbündeten warb und dabei die Förderung der polnischen Minderheit in Aussicht stellte. Diese polenfreundliche Politik war aber eine Show, um sich von der Weimarer Republik abzugrenzen und auf der internationalen Arena für das NS-Regime zu werben. Wie verlogen diese Rhetorik war, bekamen vor allem in Deutschland lebende Juden mit polnischem Pass zu spüren. In den Pogromaktionen vom November 1939 wurden nicht nur Synagogen zerstört, Menschen misshandelt und ermordet, sondern auch alle polnischen Staatsbürger jüdischen Glaubens, unter ihnen der junge Abiturient Marcel Reich, aus Deutschland ausgewiesen. Als am 1. September 1939 die Wehrmacht in Polen einmarschierte, richtete sich der NS-Terrorapparat auch gegen prominente Vertreter der polnischen Minderheit in Deutschland. Sie wurden in Konzentrationslager gesperrt oder sofort ermordet.

RUHRPOLEN – EINE AMERIKANISCHE ERFOLGSGESCHICHTE?

In dem politisch aufgeheizten Klima nach dem Ende des Ersten Weltkrieges kehrten rund ein Drittel der 350.000 sogenannten »Ruhrpolen« nach Polen zurück, ein Drittel zog weiter in die nordfranzösischen Kohlereviere, und nur ein Drittel dieser Gruppe blieb in Deutschland. Die meisten Nachkommen der Ruhrpolen haben die deutsche Kultur vollkommen angenommen und ihre Kenntnisse der polnischen Sprache verloren. Einige von ihnen haben in der NS-Zeit dem Germanisierungsdruck nicht widerstehen können oder wollen und ihre polnischen Familiennamen aufgegeben, andere wiederum

versuchten trotz des ungünstigen politischen Klimas die polnische Tradition von Generation zu Generation weiterzugeben.

Im kollektiven Gedächtnis der Deutschen und Polen haben sich die Ruhrpolen mit unterschiedlichen Assoziationen festgesetzt. Viele Polen nehmen die Geschichte der Ruhrpolen vor allem als einen Prozess des Widerstandes gegenüber dem Germanisierungsdruck wahr; viele Deutsche wiederum, vor allem die politischen Eliten im heutigen Nordrhein-Westfalen, deuten die polnische Einwanderung ins Ruhrgebiet als eine Erfolgsgeschichte von amerikanischen Ausmaßen. Der deutsche Historiker Christoph Kleßmann hat die Geschichte der Ruhrpolen neutral und mit distanzierter Sympathie zu deuten versucht und sowohl die negativen wie die positiven Erfahrungen dieser Migrationsbewegung wie folgt bilanziert: Eine deutsche Fassung der amerikanischen Erfolgsgeschichte sei im Ruhrgebiet nicht geschaffen worden, die Ruhrpolen seien nicht in dem Maße akzeptiert und integriert worden, dass hierbei die Grundlagen für den gesellschaftlichen Pluralismus geschaffen worden seien. Der Pluralismus von Organisationen, Wertvorstellungen und Verhaltensweisen sei, so Kleßmann, von deutscher Seite in der Regel kaum wirklich akzeptiert, sondern bestenfalls als unvermeidliches Übel hingenommen worden, soweit man ihn nicht ganz zu verhindern suchte. »Dennoch ist die Geschichte der Polen an der Ruhr, die in den Bereich der Binnenwanderung gehört und doch sozial und kulturgeschichtlich deutliche Züge eines Einwanderungsprozesses trug, ein Beispiel von Verbindung und Vereinbarkeit von sozialer Integration und Aufrechterhaltung nationaler Identität. Es gab produktive Ansätze einer multikulturellen Koexistenz und Symbiose, auch wenn sie sich erst in einem mühsamen Prozess herausbildeten. Die Ängste vor einem Polenstaat im Westen haben sich als völlig unbegründet erwiesen und die Polenviertel in vielen Ruhrgebietsstädten haben keineswegs gravierende kommunalpolitische Probleme geschaffen. Gerade die von Deutschen oft als bedrohlich empfundene nationale Separation der Polen hatte eine stabilisierende Komponente, die auch in der gegenwärtigen Diskussion nicht übersehen werden sollte. Die über ein entwickeltes Organisationsnetz erfolgte Binnenintegration der polnischen Minderheit, die man vielfach negativ nur als Ghettoisierung wahrgenommen hat, war eine wesentliche Voraussetzung für die langfristige Eingliederung in die deutsche Gesellschaft.«¹⁰

POLEN – EINE NATION IM EXIL

Angesichts der deutschen Verbrechen an der polnischen Nation war nach 1945 die Bundesrepublik für die Mehrzahl der Polen kein akzeptables Einwanderungsland. Die politischen und kulturellen Zentren des polnischen Exils waren nach 1945 vor allem London, Paris und die USA.¹¹ Die USA waren für die Polen nicht nur als klassisches Einwanderungsland für Arbeitsmigranten von großer Bedeutung, sondern auch als Zentrum des politischen Exils. Durch die Teilnahme polnischer Aristokraten, wie des Generals Tade-

¹⁰ Kleßmann (wie Anm. 7), S. 309f.

¹¹ Vgl. Łukasz Gątecki; Basil Kerski (Hrsg.): Die polnische Emigration und Europa 1945–1990. Eine Bilanz des politischen Denkens und der Literatur Polens im Exil. Osnabrück 2000.

usz Kościuszko, am Aufbau der amerikanischen Demokratie und dank des Engagements der Vereinigten Staaten für die Wiedergeburt der polnischen Nation nach dem Ende des Ersten Weltkrieges (Stichwort: Wilson-Plan) waren die USA nicht nur ein wichtiger Verbündeter, sondern auch eine zweite politische Heimat für viele Polen.

Als Sitz der polnischen Regierung im Zweiten Weltkrieg kam London eine zentrale Rolle auf der politischen Landkarte der polnischen Nation nach 1940 zu. Die antikommunistische Exilregierung stellte nicht nur eine politische Alternative zum moskautreuen Warschauer Regime dar. Nachdem die westalliierten Regierungen im Sommer 1945 dieser Vertretung der polnischen Nation die Anerkennung entzogen hatten, stand die kulturelle Arbeit der Londoner Exilkreise mit ihren Vereinen, einer Exiluniversität, mit Bibliotheken, Buch- und Zeitungsverlagen im Vordergrund. Spätere Migrationen der siebziger und achtziger Jahre haben die kulturelle und politische Bedeutung Londons als zentraler polnischer Exilmetropole gestärkt.

Eine herausragende Rolle auf der polnischen Karte der Migrationen nimmt auch Frankreich ein. In Maisons-Laffitte bei Paris siedelte sich nach dem Zweiten Weltkrieg das bedeutendste Verlagshaus des polnischen Exils, das Institut Littéraire von Jerzy Giedroyc, an. Mit Büchern und der Zeitschrift *KULTURA* beeinflusste Giedroyc nicht nur die Exilkultur, sondern – ähnlich wie im 19. Jahrhundert der Publizist Aleksander Herzen das zaristische Russland – auch die Politik und das Kulturleben seiner Heimat östlich



Zofia Herz, Jerzy Giedroyc und Henryk Giedroyc

Die Unabhängigkeit der *KULTURA* bedeutete auch, dass ihre Existenz von jährlich zu treffenden Kaufentscheidungen der Leser abhängig war, die jederzeit auf ihr Abonnement hätten verzichten können und manchmal, wenn auch selten, aus Protest davon Gebrauch machten. Die Redaktion behielt das die ganze Zeit über im Hinterkopf. Sie redete den Lesern jedoch nicht nach dem Mund und beugte sich nicht deren Geschmack, es kam vor, dass sie auf diesen einschlug. Der Redakteur lehnte alles ab, was unter dem von ihm erwarteten hohen künstlerischen Niveau lag. Und er vermied auch nicht, schwierige, strittige, heikle und schmerzhaft Themen anzusprechen.

Wenn er es für richtig hielt. »haute er rein«. Seine Autoren behandelte er wie alle anderen Menschen. *KULTURA* war niemals eine Zeitschrift, in der man sich gegenseitig über die Maßen lobte.

Krzysztof Pomian: *Jerzy Giedroyc w historii Polski* [Jerzy Giedroyc in der Geschichte Polens]. In: *KULTURA*, Nr. 10 (637) 2000 (letzte Ausgabe), S. 21.

des Eisernen Vorhangs.¹² Giedroyc verstand sich aber auch als ein Vermittler zwischen den im politischen Exil tätigen unterschiedlichen osteuropäischen Nationen. Unermüdlich suchte er auch den Kontakt zu den politischen Eliten des Westens, um deren Sowjetpolitik zu beeinflussen. Die kulturelle Ausstrahlung der KULTURA machte Frankreich, vor allem Paris, zum wichtigsten Zufluchtsort auch für spätere politische Flüchtlinge aus der Volksrepublik Polen. Vor allem der Publizistin Barbara Toruńczyk gelang mit der Gründung der Zeitschrift ZESZYTY LITERACKIE in den achtziger Jahren der Aufbau eines neuen publizistischen und künstlerischen Forums mit einer über den polnischen Kulturkreis hinausreichenden Wirkung.

Giedroyc ' KULTURA und Toruńczyks ZESZYTY LITERACKIE knüpften an die große Tradition Frankreichs als des wichtigsten Rückzugsgebiets des polnischen Exils an. Denn schon nach der Niederschlagung des polnischen Unabhängigkeitsaufstandes von 1830/31 flohen zahlreiche Militärs, Politiker und Künstler nach Frankreich (einige wenige auch nach Sachsen), um im Westen Europas für die Wiedergeburt der polnischen Nation weiterzukämpfen. Auf ihrem Weg gen Westen stießen die polnischen Freiheitskämpfer vor allem bei deutschen Liberalen auf politische Zustimmung. Die deutschen Polenlieder aus der damaligen Zeit zeugen von dieser Faszination.

Zu einer Autorität, einem Übervater des Exils wurde damals Fürst Adam Czartoryski, der von seinem Pariser Sitz aus jahrzehntelang an den europäischen Höfen für die polnische Staatlichkeit warb. Sein Wirken bot hundert Jahre später polnischen Emigranten, allen voran Jerzy Giedroyc, Orientierung und Inspiration. Die politischen Initiativen Czartoryskis brachten zwar keine unmittelbare Wirkung, doch seine kulturellen Initiativen, wie die Gründung der Polnischen Bibliothek in Paris, erwiesen sich als zentrale Identitätssymbole für die geteilte polnische Nation und ihre wichtigen Zufluchtsorte. Zuflucht bot der verfolgten Nation im 19. Jahrhundert vor allem die Kultur, die Dichtung. Durch das Werk der Exilanten Adam Mickiewicz, Cyprian Kamil Norwid und Juliusz Słowacki erfuhren nicht nur die polnische Sprache und Literatur eine Erneuerung – die im Exil entstandene Romantik schuf die geistigen Fundamente für die moderne polnische Nation.

Eine vergleichbare geistige Neuorientierung durch Exilkünstler erfuhr die polnische Kultur auch nach 1945. Ähnlich wie im 19. Jahrhundert schafften es Exilautoren und Philosophen wie Czesław Miłosz, Gustaw Herling-Grudziński oder Leszek Kołakowski, Reflexionen über die Identität der polnischen Nation mit universellen Fragen zu verbinden – und dabei bei aller Konzentration auf die nationale Souveränitätsfrage die europäische Annäherung nicht aus dem Blickfeld zu verlieren.

Zwar konnte die Bundesrepublik unmittelbar nach ihrer Gründung nicht zu einem so wichtigen Zufluchtsort für das polnische politische Exil wie die USA, Großbritannien oder Frankreich werden, doch mit der Konsolidierung der westdeutschen Demokratie wuchs auch die Bedeutung der Bonner Republik für Flüchtlinge aus Polen. In München entstand in der polnischen Redaktion von Radio Free Europe (RFE) um den legendären Chefredakteur Jan Nowak-Jeziorański eine der wichtigsten und einflussreichsten

12 Vgl. Basil Kerski: Die »Zweite Große Emigration«. Über die polnische Exilzeitschrift »Kultura«. In: Zdzisław Krasnodębski; Stefan Garsztecki (Hrsg.): Sendung und Dichtung. Adam Mickiewicz in Europa. Hamburg 2002, S. 229–245.

polnischen Institutionen des Exils. Mit ihren Sendungen vermittelte die polnische RFE-Redaktion nicht nur Informationen aus der freien Welt in die Volksrepublik Polen, sondern wurde auch zu einer wichtigen Brücke zwischen der polnischen Kultur und dem politischen Denken im Exil und der von der Sowjetunion besetzten Heimat. Nicht zu unterschätzen ist auch die soziale, die materielle Bedeutung des Münchener Senders. Die Arbeit dort bot zahlreichen renommierten polnischen Intellektuellen und Schriftstellern, wie Tadeusz Nowakowski oder Włodzimierz Odojewski, eine Berufsperspektive. In den achtziger Jahren entstanden dank des Engagements jüngerer Emigranten vor allem in Köln, Hamburg und West-Berlin wichtige Exilverlage und Vereinigungen, die den Unabhängigkeitskampf der Freiheitsbewegung *Solidarność* materiell (z.B. durch den Schmuggel von Druckmaschinen) und finanziell unterstützten.¹³

Eine weitere wichtige Facette deutsch-polnischer Kultur- und Exilgeschichte sollte ebenfalls nicht vergessen werden: die intensive Kulturförderpolitik der jungen westdeutschen Demokratie. Ihr Werben um Zustimmung bei den europäischen Eliten zog viele polnische Intellektuelle und Künstler an Rhein und Elbe. Vor allem West-Berlin wurde dank des DAAD-Künstlerprogramms und solcher Eliteeinrichtungen wie des Wissenschaftskollegs oder des Literarischen Colloquiums von Walter Höllerer zu einem kurzfristigen und auch dauerhaften Rückzugsort für Polen im Ausland. Das ab den sechziger Jahren in der Bundesrepublik stetig wachsende Interesse für den polnischen Film, die polnische Literatur, Malerei und Musik festigte die Bedeutung Westdeutschlands als eines ständigen oder zeitweisen Aufenthaltsorts von Exilpolen. Durch diese Entwicklung entstanden kulturelle Verbindungen, die eine wichtige Grundlage für den Aufbau neuer Beziehungen zwischen den Nationen nach dem Ende der Teilung Europas bildeten.

Der Zusammenbruch des Sowjetblocks, die Annäherung an den Westen und schließlich der Beitritt Polens zur EU machten die Grenzen zwischen den beiden Staaten durchlässig. 2007 fielen die Grenzkontrollen sogar ganz weg. Damit eröffneten sich den Polen nach 1989 neue Chancen, sich – temporär oder ständig – legal in der Bundesrepublik niederzulassen.

DRITTER WEG DER INTEGRATION: UNSICHTBAR WERDEN

Angesichts der kulturellen Nähe zu den Deutschen fallen Polen in Deutschland kaum auf, in den deutschen Städten sind kaum sichtbare polnische Spuren erkennbar, polnische Vereine und Verbände sind im Vergleich zu den türkisch-deutschen Lobbyisten oder den Vertretern ethnischer Minderheiten in der Öffentlichkeit kaum wahrnehmbar.¹⁴ Viele Publizisten und Politiker sehen in der Nichterkennbarkeit der Deutschpolen einen Beweis für ihre gelungene Integration, bezeichnen polnisch-deutsche Migrationsbiografien als eine große Erfolgsstory.

13 Siehe auch den Beitrag von Rainer Mende in diesem Jahrbuch.

14 Einen Überblick über die Organisationsformen der in Deutschland lebenden Polen vermittelt die folgende Studie: Sebastian Nagel: Zwischen zwei Welten. Kulturelle Strukturen der polnischsprachigen Bevölkerung in Deutschland. Institut für Auslandsbeziehungen, Stuttgart 2009.

Soziologen und Vertreter dieser Gruppe aber zeichnen ein differenziertes Bild. Der Berliner Radiojournalist Jacek Tyblewski, Leiter der polnischsprachigen Redaktion im Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB), beschreibt die polnischen Einwanderer als eine insgesamt wirtschaftlich und kulturell gut integrierte Gruppe, die aber nicht am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilnimmt.¹⁵ Adam Soboczynski, Redakteur der Wochenzeitung *Die Zeit*, charakterisiert das Integrationsverhalten von polnischen Einwanderern, die in den achtziger Jahren in die Bundesrepublik kamen, ironisch als einen »dritten Weg«.¹⁶ Menschen wie seine Eltern hätten sich weder integriert, noch könne man darüber klagen, dass sie sich nicht integriert hätten. Sie hätten sich einfach unsichtbar gemacht, sie wollten dazugehören und gleichzeitig abseits bleiben, so Soboczynskis Bild polnischer Einwanderer in Grautönen.

Ähnlich wie Soboczynski und Tyblewski misstraut auch der Sozialwissenschaftler Christoph Pallaske dem Bild von der Erfolgsstory der polnischen Einwanderung nach Deutschland; in seinen Arbeiten zeichnet er ein differenziertes Bild der Migrationserfahrungen der polnischsprachigen Gruppe, vor allem der Einwanderer der achtziger Jahre.¹⁷ Dass es in Deutschland keine dynamische und gut sichtbare polnische Gemeinschaft gibt, führt Pallaske darauf zurück, dass ein Großteil der Auswanderer aus Polen aus Übersiedlern besteht, die sich einem starken Assimilationsdruck ausgesetzt sahen. Da ihnen das Bekenntnis zum Deutschtum einen sicheren Aufenthaltsstatus mit allen bürgerlichen und sozialen Rechten sicherte, versuchten viele sich ihrer polnischen Biografie zu entledigen, was ihnen unter großen Mühen gelang. Dieser kulturelle Zwang zur Germanisierung hatte möglicherweise nicht nur zur Folge, dass sie ihre polnischen Wurzeln kappten, sondern auch, dass sie Komplexe gegenüber den echten Deutschen entwickelten. Infolgedessen zog diese Gruppe sich in kleine Verwandtschaftsstrukturen zurück und war einer Aktivität in größeren gesellschaftlichen und kulturellen Organisationen abgeneigt. Das zeigen deutlich die von Pallaske und anderen Wissenschaftlern durchgeführten Umfragen, aus denen hervorgeht, dass die Übersiedler der späten achtziger Jahre entschieden weniger Kontakte zu Deutschen haben als Polen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Pallaske nennt zwei weitere, wichtige Gründe, warum die polnischsprachige Gruppe keine sichtbare und in sich geschlossene Gruppe bildet: die lokale und regionale Zersplitterung der polnischen Auswanderer und die weitgehende Bereitschaft, sich den in der deutschen Gesellschaft herrschenden Lebensbedingungen anzupassen. »Diese Bereitschaft«, so Pallaske, »ist keine Auseinandersetzung nur um polnische Identität hier, deutsche Identität dort, Anpassung wird vor allem bestimmt durch den Wunsch, sich in fremder Umgebung zurechtzufinden, durch schulische oder berufliche Aufstiegsstra-

15 Erfolge und Schwierigkeiten der Integration. Polen und polnischsprachige Deutsche in der Bundesrepublik. Gespräch mit Jacek Tyblewski. In: *DEUTSCH-POLNISCHES MAGAZIN DIALOG*, Nr. 80–81 (2007–2008), S. 33–41.

16 Adam Soboczynski: *Polski Tango. Eine Reise durch Deutschland und Polen*. Berlin 2006, S. 28–31.

17 Vgl. Christoph Pallaske: *Migrationen aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er und 1990er Jahren. Migrationsverläufe und Eingliederungsprozesse in sozialgeschichtlicher Perspektive*. Münster 2002.

»Früher«, sagte Grzegorz plötzlich in fröhlichem Tonfall, den Ernst des Ortes und der Situation dadurch gleichsam in Frage stellend, »früher reichte ein verschmiertes Bild von deinem Großvater auf einem ›Tiger‹, am besten irgendwo bei Stalingrad. Oder ein Stück braunes Papier mit einer ›Krähe‹ drauf, zum Beispiel von einem alten Zementsack. Jetzt wollen sie, dass du ihnen Wiegenlieder auf Deutsch vorsingst.«

Krzysztof Mik: *Wiegenlied für die Zuspätgekommenen*. In: ANSICHTEN. Jahrbuch des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt, Nr. 11/2000, S. 199.

Ich war in politischer Haft, ehe ich 1982 nach Deutschland gekommen bin. Ich bin als Aussiedler gekommen, ich war im Aussiedlerheim. Aber ich bin Pole. Das war eine schizophrene Zeit: Man musste sich als Deutscher ausgeben, damit man in den Westen kam. Ich denke, mindestens eine Million dieser Aussiedler fühlen sich als Polen. Man muss schon in Oberschlesien geboren sein, um das zu verstehen. Marek Wójcicki in einem Gespräch mit Gerhard Gnauck. In: DIE WELT vom 12.1.2010.

Aber ich habe auch eine Schuld den Deutschen gegenüber. Unter den kultivierten Menschen wurde ich aufgenommen wie einer von ihnen, niemals wurde mir vorgehalten, fremd oder schlechter zu sein. Es wurden Umstände geschaffen zum Arbeiten, zum »Das große Geld«-Verdienen, zum Anhäufen dieser Sammlungen. Tomasz Niewodniczański in einem Gespräch mit Włodzimierz Kalicki. In: GAZETA WYBORCZA (DUŻY FORMAT) vom 23.7.2007, S. 7.

region, durch Absicherung der aufenthaltsrechtlichen und sozialen Existenz oder durch das Bedürfnis, soziale Kontakte in seiner neuen Umgebung zu entwickeln. [...] Wenn die Mehrheit der Migranten aus Polen offenbar einen hohen Grad an Anpassungsbereitschaft zeigt und relativ selten dafür einsteht, ihre polnische Identität zu ›verteidigen‹, liegt dies vor allem in der nachvollziehbaren pragmatischen Anpassung an ihre neue Lebenswelt.«¹⁸

Diese Anpassungsstrategie, die besonders spürbar ist in einer Gesellschaft wie der deutschen, die mehrheitlich keine positive Einstellung zu den polnischen Migranten hat, muss Pallaske zufolge nicht automatisch gleichbedeutend sein mit Assimilation an die deutsche Kultur und dem völligen Verzicht auf die polnische kulturelle Identität. Sie kann ganz im Gegenteil bedeuten, dass man die Spielregeln der offenen und pluralistischen Gesellschaft kennt, in der jedem Einzelnen das Recht zusteht, sich auf seine Herkunft und auf die eigene Identität zu berufen, egal, ob diese auf der nationalen Identität oder auf einer x-beliebigen anderen Identität aufbaut.

Für die »Unsichtbarkeit« der polnischsprachigen Gruppe in der deutschen Gesellschaft gibt es neben den von Christoph Pallaske genannten noch weitere Gründe. Vor allem

18 Christoph Pallaske: Heimwärts? – Westwärts? – Na saksy? Die Zuwanderung aus Polen in die Bundesrepublik in den 80er und 90er Jahren. In: DEUTSCH-POLNISCHES MAGAZIN DIALOG, Nr. 57 (2001), S. 11-14.

die Nähe zu Polen, die Offenheit der Grenzen seit dem Wegfall des Eisernen Vorhangs und die neuen Möglichkeiten, direkte, individuelle Kontakte mit Polen zu unterhalten, führen zu einer Individualisierung der polnischsprachigen Gruppe. Der technische Fortschritt auf dem Gebiet der Kommunikation, die Allgegenwart des Internets und des Satellitenfernsehens haben den Zugang zu den polnischen Medien revolutioniert. In Deutschland lebende Polen können unmittelbaren, kostengünstigen Zugang zum aktuellen Geschehen in ihrer Heimat haben. Die negative Seite dieser neuen Medienrevolution ist, dass es vor dem Hintergrund dieser direkten medialen Verbindungen schwierig ist, Einwanderer aus Polen für polnischsprachige oder bilinguale deutsch-polnische Medien in Deutschland zu interessieren. Der unmittelbare Zugang über Satellitenfernsehen und Internet in die Heimat kann auch den Integrationsprozess erschweren und bei polnischen Familien eine kulturelle Ghettoisierung bewirken: In Deutschland zu leben und zu arbeiten, kulturell und politisch aber via Fernsehen mental in Polen zu sein ist bei vielen Familien längst Realität. Ob aber die Mehrheit der polnischen Einwanderer in einem solchen mentalen Zustand lebt, ist zu bezweifeln, denn die meisten von ihnen sind in einem anderen medialen Zeitalter nach Deutschland gekommen; sie haben sich dort zurechtfinden und den Kreis ihrer polnischen Familie und Freunde verlassen müssen. Bei neuen Einwanderern, vor allem Arbeitsmigranten, könnte der Integrationsdruck angesichts der Offenheit der Grenzen, des leichten Zugangs zu polnischen Medien und infolge der seit über zwei Jahrzehnten funktionierenden polnischen Sozialnetzwerke in Deutschland geringer werden.

DEUTSCH-POLNISCHE DEBATTE UM DEN STATUS VON MIGRANTEN

Seitdem die konservative Partei »Recht und Gerechtigkeit« von Jarosław Kaczyński die Lage der in Deutschland lebenden Polen als politisches Thema exponiert hat, ist es in den Mittelpunkt des Interesses der deutsch-polnischen Öffentlichkeit gerückt. Polnische Politiker verschiedener Provenienz äußern die Ansicht, dass die Bundesregierung sich nicht hinreichend für die in Deutschland lebenden Polen engagiere. Warschau habe nach 1989 die deutsche Minderheit anerkannt, ihr besondere Privilegien, unter anderem im Wahlrecht, garantiert, fördere deutsche Schulen und Einrichtungen mit jährlich 38 Millionen Złoty¹⁹, während Berlin die Verpflichtungen, die sich aus dem Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 16. Juni 1991 ergeben, nicht hinreichend erfülle.

In den Artikeln 20 und 21 des Vertrages erkannten beide Seiten an, dass es in Polen eine deutsche Minderheit und in der Bundesrepublik Deutschland »Personen deutscher Staatsangehörigkeit [gibt], die polnischer Abstammung sind oder die sich zur polnischen Sprache, Kultur oder Tradition bekennen«. Gleichzeitig verpflichteten sie sich, diese Gruppen sowie die Pflege und Bewahrung ihrer Identität zu fördern. Ver-

19 Piotr Jędruszczak: Polska zdecydowała wesprzeć żądania niemieckiej Polonii [Polen hat beschlossen, die Forderungen der deutschen Polonia zu unterstützen]. In: RZECZPOSPOLITA vom 17. Dezember 2009.

treter der größten polnischen Organisationen in Deutschland kritisieren seit Jahren die Politik der Bundesregierung und fordern, dass deutsche Polen als nationale Minderheit anerkannt und somit rechtlich mit den Dänen, Friesen, Sorben sowie den Sinti und Roma gleichgestellt werden. Zahlreiche polnische Politiker sowie Vertreter der deutschen Polen sehen in dieser rechtlichen Frage den Schlüssel zur Verbesserung der Lage der polnischsprachigen Gruppe in der Bundesrepublik. Das polnische Außenministerium teilt diese Auffassung und hat jüngst die deutschen Partner gebeten, diese Frage erneut zu prüfen.

POLEN IN DEUTSCHLAND – EINE NATIONALE MINDERHEIT?

Alle Bundesregierungen haben zwar bislang die Warschauer Forderungen nach einem Minderheitsstatus für deutsche Polen abgelehnt, die neue christlich-liberale Koalition signalisierte jedoch Ende 2009 die Bereitschaft, über eine stärkere Förderung der polnischsprachigen Gruppe grundsätzlich nachzudenken.²⁰ Die in Deutschland lebenden Polen erfüllen aus deutscher Sicht nicht die Kriterien einer nationalen Minderheit. Die Bundesregierung argumentiert, dass eine nationale Minderheit eine Gruppe von Bürgern sei, die sich durch eine eigene Sprache, Kultur und Geschichte von den ethnischen Deutschen unterscheidet, also eine eigene nationale Identität besitzt. Diese Gruppe müsse eine Gemeinschaft sein, die seit Generationen in von den Vorfahren ererbten Siedlungsschwerpunkten in Deutschland leben.

Vor diesem Hintergrund erfüllen Polen deutscher Staatsangehörigkeit die Kriterien einer nationalen Minderheit nicht. Dagegen berufen sich Vertreter der polnischsprachigen Gruppe in Deutschland auf die über hundertjährige Geschichte der polnischen Auswanderung nach Deutschland, insbesondere darauf, dass polnische Familien seit Generationen vor allem im Ruhrgebiet ansässig sind, und sie erinnern daran, dass die polnischsprachigen Deutschen sich während der Weimarer Republik als nationale Minderheit verstanden und als solche politisch anerkannt gewesen seien.

Die Mehrheit der polnischen und deutschen Fachleute äußert sich bei dieser Frage jedoch zurückhaltend und weist darauf hin, dass die heutige Situation der Polen in Deutschland mit der vor dem Krieg, schon allein wegen der anders verlaufenden Grenzen und der ethnischen Zusammensetzungen der beiden Staaten, schwer zu vergleichen sei. Für den polnischen Historiker Kazimierz Wóycicki bildet »die Geschichte der älteren Emigration gewiss ein wichtiges Kapitel der deutsch-polnischen Beziehungen«. Es sei jedoch ein schädlicher Fehler, so Wóycicki, die heutige Situation nach Maßstäben der Vergangenheit zu beurteilen: »Heute bildet die Emigration eine sehr viel komplexere Gruppe als Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts. Schon ein flüchtiger Blick auf ihre Geschichte zeigt, dass es zwischen der so genannten alten »Polonia« und der heutigen polnischsprachigen Gemeinschaft in Deutschland praktisch keine Kontinuität gibt.«²¹

20 Konrad Schuller: Nicht auf der Tagesordnung. In der Frage der »polnischen Minderheit« geht es um eine pragmatische Lösung. In: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. Januar 2010, S. 10.

21 Kazimierz Wóycicki: Dwa miliony nieobecnych [Zwei Millionen nicht anwesende]. In: RZECZPOSPOLITA vom 17. April 1999.

Wie sieht demgegenüber die Rechtslage betr. die fremdsprachigen Minderheiten in Deutschland aus? Für die halbe Million Polen in Deutsch-Oberschlesien gilt der deutsch-polnische Genfer-Vertrag. [...] Für alle anderen gibt es in der deutschen Gesetzgebung fast gar keine Berücksichtigung mit Ausnahme zweier oder dreier winziger, materiell und territorial begrenzter Verordnungen das Schulwesen betreffend. Wohl lautet Artikel 113 der Reichsverfassung: »Die fremdsprachigen Volksteile des Reichs dürfen durch die Gesetzgebung und Verwaltung nicht in ihrer freien, volkstümlichen Entwicklung, besonders nicht im Gebrauch ihrer Muttersprache beim Unterricht sowie in der inneren Verwaltung und der Rechtspflege beeinträchtigt werden.« Doch hat sich noch kein deutscher Staatsmann, kein Minister und keine Partei gefunden, die sich um den Erlass von Ausführungsbestimmungen zu diesem Artikel bemüht hätten; auch nicht der »Deutsche Ausschuss für Minderheitenrecht«. Und eben das Fehlen von Ausführungsbestimmungen macht den Artikel leblos, macht ihn zum »Fetzen Papier«. Noch bedeutungsloser wird der Artikel durch seine negative Feststellung: »darf nicht beeinträchtigt werden« anstatt des unbedingt notwendigen »muss gefördert werden«.

Die nationalen Minderheiten in Deutschland – ein Überblick von Jan Kaczmarek, Kulturwille 1925, S. 4

Schon jetzt ist abzusehen, dass die Debatte um den Minderheitenstatus mit einem Kompromiss enden wird. Die Bundesregierung wird möglicherweise die Einrichtung eines Büros des Konvents polnischer Organisationen in Berlin unterstützen, diesen zwar nicht rechtlich mit anderen Minderheitenvertretungen gleichstellen, jedoch die deutschen Polen politisch wie eine Minderheit behandeln. Doch mit der politischen Vertretung für die polnischen Organisationen ist das wichtigste Problem noch lange nicht gelöst: die Frage nach der zweisprachigen Erziehung von Deutschpolen, nach der Förderung ihrer bikulturellen Kompetenz.

Die Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Nachbarschaftsvertrages in dieser Frage beruhen vor allem auf der Kompetenzverteilung innerhalb des Bundes. Unterzeichnet wurde der Vertrag von der Bundesregierung, doch seine Umsetzung ist weitgehend eine Sache der Länder, Städte und Gemeinden, weil sie in Angelegenheiten der Kultur und des Schulwesens verfassungsmäßig zuständig sind. Zwar sind die Länder zur Erfüllung der Bestimmungen des Vertrages verpflichtet, weil sie ihm im Bundesrat zugestimmt haben, doch waren die Inhalte des Vertrages den zuständigen Ämtern vor Ort lange unbekannt.

SPRACHE ALS SCHLÜSSELELEMENT DER KULTURPOLITIK

Das zentrale Element der polnischen und der deutschen Politik zugunsten der Bewahrung der multikulturellen Identität der polnischsprachigen Gruppe in Deutschland sollten der Aufbau eines Systems für den polnischen Sprachunterricht und die Vertiefung der Kenntnisse der polnischen Kultur sein. Auf die Schlüsselbedeutung dieser Frage

wiesen bereits 2001 polnische und deutsche Fachleute der Kopernikus-Gruppe – eines Projekts des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt – in ihrem Memorandum zur Lage der polnischsprachigen Gruppe in Deutschland hin, in dem es heißt: »Den Schlüssel zur Vermittlung der polnischen Kultur könnte ein Programm zum Erlernen der polnischen Sprache darstellen, und zwar für Polnisch als Muttersprache und als Fremdsprache. [...] Polnisch sollte [...] im deutschen Schulsystem breit und systematisch angeboten werden. Eine größere Zahl von Polnischlehrern würde ein natürliches, die polnische Kultur und die Kontakte mit Polen förderndes Milieu bilden. Die Schule könnte dann Polonisten aufnehmen, die heutzutage oft umsonst Ausschau nach einer Einstellung in Deutschland halten. Der Bedarf an ausgebildeten Polnischlehrern könnte auch ein Impuls zur Belebung der Polonistik-Studien an deutschen Hochschulen sein. Es wird angeregt, dass der polnische Staat mit Unterstützung polnischer und deutscher privater Träger an deutschen Universitäten Lehrstühle für ›Polish Studies‹ stiftet.«²²

In dieser Beziehung sollte sich auch die polnische Seite aktiver zeigen – das gilt speziell für die in dem Dokument der Kopernikus-Gruppe angeschnittene Frage der Polnisch-Kompetenz der deutschen Universitäten. Wegen der Krise der öffentlichen Finanzen wurden Lehrstühle abgeschafft, die sich mit der Sprache, Geschichte, Kultur und Politik Polens und anderer mitteleuropäischer Länder befassen. Die polnische Seite könnte ihre bescheidenen finanziellen Mittel konzentrieren und ausgewählten Universitäten in großen Ballungsräumen anbieten, am Wiederaufbau der deutschen Polenforschung mitzuwirken. Als Vorbild für eine solche Initiative könnte den polnischen politischen Eliten das Programm des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) für den Aufbau von Instituten der Deutschlandforschung im Ausland dienen. Ein entsprechendes Vorbild ist etwa das Willy-Brandt-Zentrum, dessen Budget je zur Hälfte von der Universität Breslau und vom DAAD finanziert wird. In diesem Fall mobilisieren die von den Deutschen bereitgestellten Mittel regionale Fonds, die für die Deutschlandforschung bestimmt sind.

Überdies sollten sich die Bundesministerien und die entsprechenden polnischen Stellen bei der Finanzierung der polnischsprachigen Gruppe stärker als bisher für die Förderung unabhängiger Projekte öffnen, die außerhalb des Kreises der traditionellen auslandspolnischen Organisationen entstanden sind. Sie würden damit angemessen auf die Heterogenität dieser gesellschaftlichen Gruppe reagieren und die Möglichkeit schaffen, neue polnische kulturelle Erscheinungen in Deutschland zu fördern.

Doch neben der finanziellen, sozialen und institutionellen Dimension der Integration von Polen in Deutschland gibt es eine weitere wichtige Dimension, die in der deutsch-polnischen Debatte über die Einwanderer unterbelichtet ist – nämlich die kulturelle, die Frage nach den nationalen Identitätsmustern. Die 1998 in der Bundesrepublik eingeleitete Reform des Staatsbürgerschaftsrechts stellt einen großen Wandel in der politischen Kultur Deutschlands dar, denn sie bedeutet einen Bruch mit den traditionellen ethnonationalen Leitvorstellungen. Die Deutschen nahmen Abschied von der Dominanz des Prinzips der Vererbung der Staatsangehörigkeit (*ius sanguinis*) und ergänzten es

22 Zur Frage der Förderung der polnischsprachigen Gruppe in Deutschland: Arbeitspapier III der Kopernikus-Gruppe. Darmstadt 2001. (www.deutsches-polen-institut.de)

durch das Prinzip des Erwerbs der Staatsangehörigkeit durch Geburt im Land (*ius soli*). Die Bundesrepublik definiert sich damit heute weniger als eine ethnische Schicksalsgemeinschaft denn als eine politische Gemeinschaft, als eine Nation mit unterschiedlichen kulturellen Wurzeln. Das durch Einwanderer eingebrachte polnische, türkische oder italienische Kulturerbe wird somit auch zu einem Fundament für die moderne deutsche Nation, für die politische Gemeinschaft der Deutschen. In der Konsequenz bedeutet dies, dass die Erinnerung an das Kulturerbe der polnischen Einwanderer auch eine Aufgabe für die Berliner Republik ist, so wie umgekehrt die neue polnische Demokratie ihrerseits ihren Pluralismus sichert, indem sie die deutsche Minderheit und ihr Kulturerbe in Polen fördert.

Doch ein breites Bewusstsein für eine neue, der ethnischen Zusammensetzung der Bundesrepublik zeitgemäße politische Identität der Nation entwickelt sich nur sehr langsam in der Berliner Republik. Zwar beurteilen viele Deutsche im Zuge der historischen Debatten über das NS-Regime das Erbe der rassistischen, ethnischen oder völkischen Definitionen der Nation kritisch, doch mental läuft diese Kritik oft ins Leere und wird durch kein anderes Identitätsmodell als das traditionell ethnische ersetzt. Nach Ansicht des Journalisten Jacek Tyblewski ist Deutschland immer noch keine offene Gesellschaft, wenn es um Migration geht. Die Deutschen erwarteten von den Einwanderern immer noch eine eindimensionale Identität, ebenso wie die Polen von ihren ausgewanderten Landsleuten.²³

Tyblewski spricht ein Gefühl aus, das vor allem bei jungen türkischstämmigen Deutschen häufig präsent ist. Sie akzeptieren sowohl Deutschland als auch die Türkei als ihre Heimat, sehen keinen Widerspruch zwischen ihrer religiösen Identität als Moslems und ihrer politischen als Deutsche. Doch obwohl die Bundesrepublik unter jungen Türken ein hohes Ansehen genießt, überlegt die Hälfte von ihnen, aus Deutschland auszuwandern, denn sie fühlen sich in Deutschland von der Mehrheitsgesellschaft nicht akzeptiert.²⁴ Besonders stark präsent ist dieses Gefühl der Ablehnung unter gut ausgebildeten türkischen Akademikern.²⁵

Was mögen die Gründe für diese Ablehnung sein? Sicherlich die schon erwähnten ethnischen Nationsvorstellungen der Mehrheitsgesellschaft, die religiösen und kulturellen Unterschiede. Ich will aber noch auf weitere Gründe hinweisen. Der Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter hat die Migranten als eine neue, unbequeme Leistungselite charakterisiert.²⁶ Die Neuen seien unbequem, nicht nur neue kulturelle Erfahrungen drängten durch diese Menschen in die deutsche Gesellschaft hinein, sondern auch soziale und gesellschaftliche Vorstellungen. Nach Untersuchungen deutscher Soziologen stünden die heutigen Migranten, so Walter, der Aufsteigermentalität in der deutschen Nachkriegsgesellschaft außergewöhnlich nah, ja verkörperten diese frühe deutsche

23 Erfolge und Schwierigkeiten der Integration (wie Anm. 14), S. 36.

24 Katharina Schäder: Tradition und Zukunft. Studie: Türken in Deutschland haben gespaltene Wertewelt. In: DIE WELT KOMPAKT vom 20. November 2009, S. 5.

25 David Goeßmann: Braindrain nach Istanbul. Viele türkische Akademiker kehren nach dem Studium Deutschland den Rücken. In: Deutschlandradio vom 18. Juni 2008; auf: www.dradio.de

26 Franz Walter: Neue deutsche Elite. In: SPIEGEL-Online vom 9. Dezember 2008; auf: www.spiegel.de.

Leitkultur inzwischen kraftvoller und vitaler als der Rest der deutschen Nation. Die deutsche Mitte sei in der Grundtendenz resigniert, skeptisch, eher in der Furcht vor dem Abstieg gefangen als durch Hoffnungen auf Aufstieg beseelt. Apologeten des alten Sozialstaates hätten es in den neuen Migrationsgruppen nicht leicht, denn dort werde mehrheitlich das Postulat abgelehnt, dass es eine vorrangige Aufgabe des Staates sei, die sozial Schwachen verlässlich abzusichern, so Walter.

Dass sich die deutsche Mehrheitsgesellschaft mit der Integration von Einwanderern schwer tut, ist nachvollziehbar, denn Integration bedeutet nicht nur einen Prozess der Anpassung von Einwanderern, sondern auch der Veränderung aller Beteiligten, so der Deutschen. Es ist daher verständlich, wenn Publizisten aus den Reihen der Einwanderer, wie der deutsch-iranische Islamwissenschaftler Nervad Kermani, nicht nur auf die Defizite der deutschen Multikulturalitätsdebatte, sondern vor allem auf ihre positiven Seiten hinweisen und unterstreichen, welch weiten Weg die Bundesrepublik in dieser Frage zurückgelegt hat. Deutschland sei heute, so Kermani, ungleich weltoffener als noch vor zwei, drei Jahrzehnten, es habe sich an die Einwanderung gewöhnt, die kulturelle Vielfalt sei weitgehend selbstverständlich geworden.²⁷ Kermanis Einschätzung ist nicht als falsches Lob zu verstehen, sondern als der Versuch einer fairen Bewertung einer langen kulturellen Entwicklung.

Trotz aller positiven Dynamik bleibt jedoch ein Schlüsselproblem der kulturellen Veränderung weiterhin bestehen: der langsame Wandel der traditionellen Identitätsmodelle. Der junge deutsch-polnische Journalist Jan Opielka hat in seinem klugen Essay über die deutsche Integrationsdebatte zu Recht darauf hingewiesen, dass beide Seiten, die Einwanderer ebenso wie die Aufnahmegesellschaft, in starren Identitätsvorstellungen gefangen seien.²⁸ Identität müsse man sich als ein dynamisches Modell vorstellen, so Opielka. Man erwerbe sie, indem man sie mehrt. Es gebe kein geschlossenes Identitätsmodell, das zu verteidigen sei, außer der Freiheit, die Identität mehren zu dürfen, zitiert er den Publizisten Arno Widmann. Opielka plädiert dafür, dass beide Seiten der Integrationsdebatte, Aufnahmegesellschaft wie Einwanderer, hybride Identitätsvorstellungen als Normalfall akzeptieren.

Mut zum Unterschied, Mut zur Vielfalt will mit seinen Zwischenrufen zur kulturellen Entwicklung der Bundesrepublik auch einer der erfolgreichsten deutschen Schriftsteller machen: der Syrer Rafik Schami. In seinem programmatischen Essayband *Damaskus im Herzen und Deutschland im Blick* erinnert er daran, dass der Dialog der Kulturen von der Differenz lebt.²⁹ Die ängstliche Suche nach Harmonie münde immer in einer unfruchtbaren Gleichmacherei.

27 Navid Kermani: *Wer sind wir? Deutschland und seine Muslime*. München 2009, S. 54.

28 Jan Opielka: *Wir sind Integration*. Nach Sarrazin – Die meisten Deutschen verstehen Integration immer noch als einseitige Leistung von Migranten: in: *DER FREITAG* vom 22. Oktober 2009, S. 11.

29 Rafik Schami: *Dem Morgen begegnen heißt Hoffnung haben*. Sieben Bemerkungen eines hoffnungsvollen Pessimisten. In: ders.: *Damaskus im Herzen und Deutschland im Blick*. München 2006, S. 57.

Zeitraum	Gebiet	Aufenthaltsdauer	Migrationstyp	Größenordnung	Zugang zum Arbeitsmarkt	
vor 1914	Deutsches Reich	pendelnd	»Sachseingänger« aus dem russischen und österreichischen Teilungsgebiet »Ruhrpolen«	ca. 300.000 (jährlich)	reglementiert	
1914 - 1918		dauerhaft/vorübergehend		deutsche Staatsbürger polnischer Nationalität aus den östlichen Reichsprovinzen	ca. 500.000 150.000 dauerhaft, 350.000 Weiterwanderung	
1919 - 1938		vorübergehend	Zwangsarbeiter		500.000 - 700.000	
1939 - 1945		pendelnd	Saisonarbeiter			reglementiert
1945 -1950	Bundesrepublik Deutschland	vorübergehend	Zwangsarbeiter	1.700.000		
1950er bis 1970er		dauerhaft/vorübergehend	displaced persons (ehem. KZ -Insassen, Zwangsarbeiter, Angehörige alliierter Streitkräfte)	ca. 120.000 (davon ca. 80.000 dauerhaft)		
1950er bis 1970er		dauerhaft	Aussiedler		ca. 600.000	
1968-1970		dauerhaft	März- '68-Emigranten		1.000	
1970-1979		dauerhaft/vorübergehend	Politische Flüchtlinge (»Touristen«)		20.-30.000	illegal/legal »de facto«-Flüchtlinge
		dauerhaft	Spätaussiedler		ca. 300.000	
1980er		dauerhaft/vorübergehend	politische Flüchtlinge der »Solidarność«-Generation		ca. 130.000	illegal/legal politisches Asyl oder »de facto« Flüchtlinge
1950er		DDR	dauerhaft	Spätaussiedler		
seit 1970er			pendelnd	Aussiedler Grenzgänger		
					ca. 3.000 - 4.000 (jährlich seit 1966)	

seit 1970er	DDR	befristet	Zeitarbeiter, Werksvertragsarbeiter,	20.000 - 30.000 (jährlich seit 1970)	reglementiert
		pendelnd	Saisonarbeiter	ca. 100.000 (jährlich)	
		befristet	Ausbildungsmigranten		
		meist dauerhaft	Heiratsmigranten		
seit 1990	Bundesrepublik Deutschland	pendelnd/ befristet	» neue Gastarbeiter«:		
			Werksvertragsarbeiter	ca. 20.000 (jährlich)	reglementiert
			Saisonarbeiter	170.000 - 300.000 (jährlich)	reglementiert
			Gastarbeitnehmer/Praktikanten	max. 1.000 (jährlich)	reglementiert
			Grenzgänger	1.000 - 2.000 (jährlich)	grenznahe Regelungen
		pendelnd	irreguläre Arbeitsmigranten (» Touristen«)		illegal
		pendelnd	Angehörige der deutschen Minderheit in Polen	50.000 (jährlich)	legal
		dauerhaft	selbstständige Dienstleister	30.000	legal (EU-Dienstleistungs-Freiheit)
		vorübergehend	Polnische Studierende an deutschen Hochschulen	14.000	3 Monate im Studienjahr
		dauerhaft	Absolventen deutscher Hochschulen		seit 2009 offener Marktzugang
		meist dauerhaft	Heiratsmigranten	4.-6.000 (jährlich)	

Migration von Polen nach Deutschland (eigene Bearbeitung nach Birgit Glorius: Transnationale Perspektiven. Eine Studie zur Migration zwischen Polen und Deutschland, Bielefeld 2007, S. 117-118)